



Interpellation SP-Fraktion «Reichsbürger-treffen wirft Fragen auf»

Die SP-Fraktion reichte am 19. März 2024 die von zehn Parlamentsmitgliedern unterzeichnete Interpellation «Reichsbürgertreffen wirft Fragen auf» ein (siehe Beilage). Der Stadtrat beantwortet diese wie folgt:

Vorbemerkung

Die Stadt Gossau distanziert sich klar von der Reichsbürger-Bewegung und teilt die Auffassung der Interpellanten.

Frage 1

Wann und wie hat der Stadtrat von diesem Treffen erfahren?

Antwort

Der Stadtrat hat am Montag, 18. März 2024, durch die Medienberichterstattung von der geschlossenen Veranstaltung vom Sonntag, 17. März 2024, erfahren.

Frage 2

Bestand ein Austausch mit der Polizei bezüglich eines möglichen Eingreifens?

Antwort

Ein solcher Austausch konnte aus chronologischen Gründen gar nicht bestehen. Hätte der Stadtrat im Vorfeld Kenntnis von der Veranstaltung gehabt, hätte er das persönliche Gespräch mit dem Vermieter gesucht. Eine Rechtsgrundlage für ein präventives Eingreifen des Stadtrats besteht demgegenüber nicht. Gemäss Art. 50^{quater} Abs. 2 Polizeigesetz (sGS 451.1) können Veranstaltungen auf privatem Grund nur verboten werden, wenn eine schwere und unmittelbare Gefährdung oder Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht anders abgewehrt werden kann oder Anzeichen bestehen, dass es zu Verbrechen oder Vergehen kommen könnte.

Frage 3

Teilt der Stadtrat die Sorge der SP, dass solche von Verschwörungstheoretikern und/oder Straftätern geprägte Anlässe dem Ansehen unserer Stadt schaden?

Antwort

Der Stadtrat teilt die Sorge und stellt klar, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Veranstaltung und der politischen Stadt Gossau gibt.

Frage 4

Akzeptiert der Stadtrat die Haltung des Vermieters, wonach er bei den Gästen, die Veranstaltungen durchführen wollen, keine Differenzierung vornimmt?

Antwort

Auch der Stadtrat stört sich am undifferenzierten Verhalten des Vermieters. Es ist jedoch nicht seine Aufgabe, die Geschäftspraxis einer privaten Unternehmung zu beurteilen, so lange diese kein Verwaltungsverfahren auslöst.

Frage 5

Wie kann erreicht werden, dass solche oder ähnliche Veranstaltungen zukünftig in Gossau nicht mehr stattfinden?

Antwort

So lange die Versammlungsfreiheit gemäss Bundesverfassung gewährleistet ist, keine Bewilligungspflicht für private Anlässe in dafür geeigneten Räumen besteht oder eine Organisation durch übergeordnetes Recht in ihrem Handeln eingeschränkt wird, kann dies durch die Stadt nicht verhindert werden.

Stadtrat

Beilage

Interpellation

Stadtparlament

- ☐ Motion
☐ Postulat
☒ Interpellation
☐ einfache Anfrage

Eingereicht von: SP Fraktion

Titel:**Reichsbürgertreffen wirft Fragen auf**

Stadtkanzlei 9201 Gossau

Original an

Kopie an

E 20. März 2024

Reg. Nr.

GEKO Nr.

Konto Nr.

Visum

Die SP Gossau-Arnegg nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich am Sonntagnachmittag im Hofstadl 60 Reichsbürger zu einem Kongress getroffen haben. Der selbsternannte «König» Peter Fitzek hatte einen grossen Auftritt. Solche widerlichen Treffen von Verschwörungstheoretikern mit Neigung zu rechtsextremem Gedankengut bedeuten für die Stadt Gossau einen unerwünschten Imageschaden, der ganz und gar nicht zum Jubiläumsjahr passt.

SRF berichtete wiederholt kritisch

Zitat aus SRF 4 News vom 23.3.2023: Mitte Woche wurden in St.Gallen Hausdurchsuchungen durchgeführt. Die Bundesanwaltschaft eröffnete ein Strafverfahren gegen zwei Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft. Extremismus-Forscher Dirk Baier rät, die potenzielle Anhängerschaft in der Schweiz nicht zu einfach als «Spinner» abzutun. Die Nachrichtendienste Deutschlands und der Schweiz stufen Reichsbürger als gefährlich ein.

Vor zwei Wochen, am 6. März, berichtete SRF-News unter dem Titel «Schweiz dient Pseudokönig als Drehscheibe» folgendes: Zitat:

Der «König» bezeichnet sich selbst als Reichsbürger und verbreitet eine antisemitische Weltsicht. Die KRDLer lehnen Staaten wie Deutschland oder die Schweiz ab und rufen zum Systemumsturz auf.

Der Verfassungsschutz warnt auch vor den Geldmaschinen Fitzeks: Wer sich dem KRDL anschliesse oder mit Anhängern geschäfte, riskiere grosse finanzielle Schäden. Nun will das KRDL sein Abzocksystem auch in der Schweiz verankern. Peter Fitzek ist der selbsternannte König. Gegen den 59-jährigen laufen in Deutschland verschiedene Verfahren. Er wurde auch schon mehrfach verurteilt, etwa wegen illegaler Versicherungsgeschäfte, Urkundenfälschung und Körperverletzung.

(Link: <https://www.srf.ch/news/schweiz/undercover-bei-den-abzockern-schweiz-dient-pseudo-koenig-als-drehscheibe>)

Für die SP Gossau ist klar, dass sich ein solches Treffen in unserer Stadt nicht wiederholen darf.

Die SP bittet den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann und wie hat der Stadtrat von diesem Treffen erfahren?
2. Bestand ein Austausch mit der Polizei bezüglich eines möglichen Eingreifens?
3. Teilt der Stadtrat die Sorge der SP, dass solche von Verschwörungstheoretikern und/oder Straftätern geprägte Anlässe dem Ansehen unserer Stadt schaden?
4. Akzeptiert der Stadtrat die Haltung des Vermieters, wonach er bei den Gästen die Veranstaltungen durchführen wollen keine Differenzierung vornimmt?
5. Wie kann erreicht werden, dass solche oder ähnliche Veranstaltungen zukünftig in Gossau nicht mehr stattfinden? (Sensibilisierungskampagne)

SP Fraktion:



Datum: 19. März 2024

Albrecht Frank	Künzle Thomas
Allenspach Urs	Loher Itta signiert
Bischofberger Werner signiert	Loser David
Broger Marco signiert	Mauchle Patrik signiert
Ebneter Matthias signiert	Meister Markus signiert
Fürer Anita	Oberholzer Andreas
Fürer Pascal	Pfister Martin
Hardegger Elmar	Pfister Roger
Helfenberger Andreas	Rosenberger Markus
Jau Kurt	Rütsche Andrea
Kessler Lukas	Schlegel Christian signiert
Kobler Florian signiert	Schwizer Angelo
Kobler Ursula	Schwizer Marina
Kretz Büsser Claudia signiert	Sönmez Pakize
Künzle Alois	Uffer Martina signiert